

# Nordmazedonien

Oliver Schwarz

Seit Inkrafttreten des Prespa-Abkommens zwischen Griechenland und Mazedonien am 17. Juni 2018 zur Beilegung ihres jahrzehntelangen Namensstreits<sup>1</sup> trägt das letztere Land den Namen Nordmazedonien. Der neue Staatsname „Republik Nordmazedonien“ ersetzt sowohl den bisherigen verfassungsmäßigen Namen „Republik Mazedonien“ als auch die provisorische Bezeichnung „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“ und gilt für den allgemeinen und uneingeschränkten Gebrauch. Doch auch wenn Mazedonien nun Nordmazedonien heißt, werden die Bürgerinnen und Bürger des Landes weiterhin „Mazedonier“ genannt. Ihre Sprache bleibt die „mazedonische Sprache“ und auch in anderen kulturellen Kontexten wird „mazedonisch“ unverändert als Adjektiv verwendet. Selbst die bisherigen Länderkennungen „MK“ und „MKD“ bleiben bestehen.<sup>2</sup>

## Innenpolitische Entwicklung

Am 21. April 2019 fand in Nordmazedonien die erste Runde der Präsidentschaftswahlen statt. Die Wahlen galten als ein wichtiger Stimmungstest für die Regierung von Ministerpräsident Zoran Zaev und die unter ihm vorgenommene Umbenennung des Landes. Erwartet wurde ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten Stevo Pendarovski und der parteilosen, von der nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE („Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit“) unterstützten Kandidatin Gordana Siljanovska-Davkova. Der dritte Kandidat, Blerim Reka, wurde von zwei Parteien der albanischen Minderheit unterstützt. Pendarovski war bereits im Jahr 2014 gegen Amtsinhaber Gjorge Ivanov angetreten, unterlag diesem jedoch im zweiten Wahldurchgang. Ivanov selbst konnte nach zwei Amtszeiten nicht mehr für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren.

In der ersten Runde erhielt Pendarovski 42,82 Prozent und Siljanovska-Davkova 42,25 Prozent der Stimmen. Als Drittplatzierter verpasste Reka mit 10,6 Prozent den Einzug in die Stichwahl. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 41,68 Prozent. Der zweite Durchgang der Präsidentschaftswahlen fand am 5. Mai 2019 statt. Bei dieser Stichwahl setzte sich Pendarovski mit 51,65 Prozent der Stimmen durch. Die Wahlbeteiligung lag mit 46,65 Prozent knapp über dem notwendigen Quorum in Höhe von 40 Prozent. Pendarovski trat am 12. Mai 2019 seine fünfjährige Amtszeit als Staatspräsident von Nordmazedonien an.<sup>3</sup>

---

1 Christian Hagemann: Goodbye FYROM, Welcome North Macedonia. Solving the Name Dispute with Greece and the Way Forward, in: Südosteuropa Mitteilungen, 1/2019, S. 6-19; vgl. hierzu auch den Beitrag „Griechenland“ in diesem Jahrbuch.

2 Außenministerium der Republik Nordmazedonien: Prespa Agreement – Media Guidelines, Skopje, 22.2.2019.

3 Konrad Adenauer Stiftung/Institute for Democracy “Societas Civilis” – Skopje: The Republic of North Macedonia’s 2019 presidential elections handbook, Skopje 2019.

## **Euroatlantische Integration**

Am 17. Juni 2018 schlossen die griechische und die mazedonische Regierung das Prespa-Abkommen, das durch eine am 11. Januar 2019 vorgenommene Änderung der mazedonischen Verfassung und mit dessen Ratifizierung im griechischen Parlament am 25. Januar 2019 in Kraft getreten ist. Seit dem 12. Februar 2019 wird die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien nun offiziell Nordmazedonien genannt.

Das Abkommen war auf beiden Seiten nicht unumstritten. So trat der griechische Verteidigungsminister Panos Kammenos nur zwei Tage, nachdem das mazedonische Parlament mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit einer Umbenennung des Landes zugestimmt hatte, von seinem Ministerposten zurück. Damit hatte Ministerpräsident Alexis Tsipras zugleich auch seinen Koalitionspartner, die rechtspopulistische ANEL, verloren, dessen Parteivorsitzender Kammenos ist. In Reaktion darauf stellte Tsipras dem griechischen Parlament am 17. Januar 2019 die Vertrauensfrage. Insgesamt 151 der 300 Abgeordneten sprachen ihm daraufhin das Vertrauen aus, obwohl seine Regierungspartei SYRIZA selbst nur über 145 Sitze verfügt. Auf mazedonischer Seite wiederum verweigerte Staatspräsident Ivanov bis zum Ende seiner Amtszeit einer Reihe von Gesetzen, in denen der neue Staatsname vorkam, seine Unterschrift.

Mit der Beilegung des Namensstreits ist formal der Weg Nordmazedoniens in die Europäische Union und die NATO frei. Am 29. Mai 2019 hatte die Europäische Kommission dem Ministerrat zum nunmehr zehnten Mal in Folge empfohlen, mit den Verhandlungen über einen EU-Beitritt Nordmazedoniens zu beginnen. Die Gründe hierfür fasste Johannes Hahn, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, wie folgt zusammen:

„Nordmazedonien setzte nicht nur seine ambitionierte Reformagenda weiter um, sondern erreichte auch ein historisches Abkommen mit Griechenland, mit dem ein seit 27 Jahren andauernder Namensstreit beigelegt wurde – ein Beispiel für die gesamte Region und darüber hinaus.“<sup>4</sup>

Der Rat begrüßte zwar am 18. Juni 2019 das „historische und beispiellose“ Prespa-Abkommen und würdigte den „Mut und die Entschlossenheit der beteiligten Parteien“. Eine Einigung über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen konnte jedoch nicht erzielt werden und die Entscheidung wurde auf „spätestens“ Oktober 2019 verschoben.<sup>5</sup> Insbesondere Dänemark, Frankreich und die Niederlande hatten Bedenken gegen die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen angemeldet. Doch auch Deutschland hatte einen positiven Entschluss im Rat blockiert. Konkret hatte die gemeinsame Fraktion der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) eine vorab im Deutschen Bundestag notwendige Abstimmung zu der Frage verhindert und erklärt, dass diese erst Ende September 2019 vorgenommen werden könne.<sup>6</sup>

## **Weiterführende Literatur**

Walter Althammer (Hrsg.): Makedonien. Probleme und Perspektiven eines jungen Staates, München 1999.

Merle Vetterlein: Konfliktregulierung durch power-sharing-Modelle: das Fallbeispiel der Republik Makedonien, Baden-Baden 2010.

---

4 Europäische Kommission: Reformen im westlichen Balkan und in der Türkei: jährliche Bewertungen und Empfehlungen, Brüssel, 29.5.2019.

5 Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, Luxemburg, 18.6.2019.

6 CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Sorgfältige Überprüfung der EU-Fortschrittsberichte erforderlich, Berlin, 30.5.2019; vgl. hierzu auch den Beitrag „Südosteuropapolitik“ in diesem Jahrbuch.